

Die Sozialdemokratie in der Epoche der Entspannung

Autor(en): **Walter, Emil H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337827>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EMIL H. WALTER

Die Sozialdemokratie in der Epoche der Entspannung

Vielleicht ist es vermessen, zu einem Zeitpunkt von Entspannung zu sprechen, da die internationale Lage sich zunehmend verfinstert. Die immer massivere amerikanische Intervention in Vietnam schränkt den Prozeß internationaler Entspannung, der seit Kennedys Tauwetterexperiment¹ anhielt, nicht nur ein, sie gefährdet ihn neuerdings als ganzen. Die Gefahr einer katastrophalen Ausweitung des Vietnamkrieges droht. Schon sind die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion restlos eingefroren. An Kleinigkeiten zeigt sich dies, zum Beispiel an der Absage großer Sportwettkämpfe durch Sowjetrußland und Polen. Jetzt, da sie nicht mehr stattfinden, empfinden wir, was diese an sich gleichgültigen Meetings uns einst bedeuteten: sie waren Symptome der Entspannung, Zeichen dafür, daß kapitalistische und kommunistische Gesellschaftssysteme zusammenleben können, ohne sich in einer Weise zu befehden, die vernünftiges Raisonement ausschließt. Sie zeigten mit anderen Worten das Ende des Kalten Krieges an und den Beginn einer neuen Epoche friedlicher Koexistenz von Ost und West.

Ende des Kalten Krieges?

Angesichts der schlimmen Lage in Vietnam müssen wir uns zuallererst fragen (bevor wir eine mögliche Strategie der Sozialdemokratie in der Epoche der Entspannung bestimmen können): Ist der Kalte Krieg wirklich zu Ende, leben wir wirklich in einer Zeit, die sich wesentlich von derjenigen Stalins, Eisenhowers und Dulles' unterscheidet? Unsere kalten Krieger – es gibt sie nach wie vor in großer Zahl – möchten diese Frage am liebsten glattweg verneinen. In der ersten Phase des unter Kennedy einsetzenden internationalen Tauwetters schien es ihnen noch leichtzufallen, die Entspannungspolitik des Ostens als bloßes Täuschungsmanöver zu entlarven. Westliche Versuche, das östliche Interesse an friedlicher Koexistenz ernst zu nehmen, konnten damals noch glaubhaft als «naiv», ja gar als bedenkliche Schwäche gefährlicher «Versöhnler» im eigenen Lager diffamiert werden. Dann aber wurden die Fakten, die auf eine zunehmende internationale Entspannung hindeuteten,

immer deutlicher. Vor allem die Desintegration im Ostblock war der sichtbare Beweis dafür, daß im Osten das Interesse an friedlicher Koexistenz eine harte, reale Basis besitzt. So eindeutig wie in den besseren Zeiten des Kalten Krieges war der äußere Feind nun nicht mehr festzustellen. Wen gilt es heute zu fürchten, da der Ostblock *als Monolith* offenbar nicht mehr existiert; wer darf da noch als Träger weltrevolutionärer Bestrebungen in Europa gelten, da offenbar Moskau alle Mühe hat, seine «Satelliten» bei der Stange zu halten, und selbst die «NZZ» in Rumäniens und Frankreichs Autonomiebestrebungen Gemeinsamkeiten entdeckt?

In der Tat befinden sich unsere kalten Krieger überall in der *Defensive*. Das ist das Schicksal aller *Nachzügler der Weltgeschichte*. Anstatt die zukunftssträchtigen Momente der Gegenwart klar zu erfassen, anstatt die Zukunft zu antizipieren, müssen sie von der Geschichte gleichsam geschoben werden. Dinge, deren Existenz eben noch heftig bestritten wurden, können endlich unter dem Zwang der Fakten doch nicht anders als anerkannt werden. Eben wurde noch leidenschaftlich gegen den Osthandel protestiert: der jetzt, «selbstverständlich», «in gewissen Grenzen», befürwortet wird. Unmerklich werden die alten Vorbehalte aufgegeben und durch neue ersetzt. Hieß es vor einigen Jahren bei der «NZZ» noch dogmatisch: «Der Kommunismus muß den Menschen vernichten oder selbst untergehen. Nur mit Gewalt kann sich der Kommunismus ausdehnen²» – so wird heute die These, daß der Liberalisierung des Kommunismus «enge Grenzen» gesetzt seien, schon viel vorsichtiger mit Hilfe alter nationaler Traditionen in osteuropäischen Staaten erklärt^{2b}. Dabei stellt diese seltsame Form antikommunistischer Argumentation noch nicht einmal das fortgeschrittenste Stadium der Selbstauflösung kaltkriegerischen Denkens dar: ohne daß sich dies in der politisch-ideologischen Redaktion bisher sichtbar ausgewirkt hätte, versicherte der Handelsredaktor der «NZZ» seinen tschechischen Gesprächspartnern bei einer Podiumsdiskussion neulich, daß es heute vor allem darum gehe, «Vorurteile abzubauen und eine Atmosphäre zu schaffen, die das Gespräch über die Grenzen hinaus erleichtere» – eine Äußerung, von der die «National-Zeitung» zu Recht sagte, daß sie – «für einen ‚NZZ‘-Redaktor» – «bemerkenswert» sei...³

Von der internationalen Entspannung profitieren offenbar auch die, die sich ihr nur widerstrebend angepaßt haben. Sie ist eine Realität, trotz allem. Selbst Vietnam vermag daran nichts zu ändern, ja im Gegenteil. So bitter es ist, dies festzustellen: Die Amerikaner verüben im Namen einer überaus problematischen Sache dort täglich derartiges Unheil, daß es auch unserem bürgerlichen Lager zunehmend schwerer fallen wird, wie zu Zeiten des Kalten Krieges «den» westlichen Standpunkt gegenüber «dem» kommunistischen vorbehaltlos zu unterstützen. In dieser Unsicherheit liberaler Kreise (die am liebsten in die übersichtlichere Situation des Kalten Krieges zurückfallen möch-

ten, und *können* doch nicht) kündigt sich etwas Neues an; sie ist der Ausdruck einer grundsätzlich gewandelten internationalen Lage.

Schlüsselwort «Entspannung»

Welches politische Verhalten entspricht dieser neuen Lage am besten? Zunächst gilt es, sich genau zu orientieren, sich ein *angemessenes Selbstbewußtsein der gegenwärtigen Epoche* zu verschaffen. Die Sozialdemokratie ist wie keine andere Partei dazu prädestiniert. Denn was heißt eigentlich «Entspannung», «Koexistenz» zwischen Ost und West? Im Grunde nichts anderes, als daß tendenziell auch die hochindustrialisierten kommunistischen Staaten, wie früher schon die Sozialdemokratie (die damit historisch Recht behalten hat), anstatt den Weg permanent revolutionärer und totalitärer, zunehmend den Weg *evolutionärer* Veränderung der Gesellschaft beschreiten. Auf die Beförderung dieser Entwicklung, die ihrer eigenen Tendenz durchaus entgegenkommt, hat die Sozialdemokratie alle ihre Kräfte zu verwenden. Wenn je die große Chance unseres Jahrhunderts, die Abschaffung des Krieges als Mittel nationaler Machtpolitik, verwirklicht werden kann, dann nur auf diesem Wege der Erarbeitung einer neuen Stufe aufgeklärten Bewußtseins. *Objektiv* sind die Bedingungen hierfür gegeben; denn schon längst hat die Situation des atomaren Patts das Muster traditioneller Machtpolitik aufgelöst. In den Worten Jürgen Habermas': «Die eigentümliche Dialektik der Drohung mit thermonuklearen Waffen, die historisch ohne Vorbild ist . . ., verbietet den Rückfall in ein ungebrochen politisches Verhalten souveräner Staaten⁴.» Es gilt, sich dieser grundsätzlich neuen Lage voll bewußt zu werden. Eine keineswegs leichte Aufgabe! Denn dazu gehört die Weiterentwicklung des politischen Klimas der Entspannung ebenso wie der Dialog mit denjenigen kommunistischen Staaten, die die revolutionäre Umwälzung der eigenen Gesellschaft schon längst hinter sich haben, und dazu gehört vor allem die Neubesinnung auf das, was der Sozialdemokratie im eigenen Land, unter veränderten Umständen, zu verändern aufgegeben ist.

Wenn wir also von einer *Epoche* der Entspannung sprechen zu dürfen glauben, so vorzüglich darum, weil uns «Entspannung» viel mehr bedeutet als nur ein außenpolitisches Faktum. Die heutige Lage, die Zeit des – hoffentlich definitiven – Endes des Kalten Krieges überbindet der Sozialdemokratie *neue Aufgaben*. Es ist ein vielversprechender Auftrag. Er könnte unserer stagnierenden Bewegung einen neuen Aufschwung verleihen, denn er entzieht sich den herkömmlichen Unterscheidungen sozialistischen Denkens. Er besteht beispielsweise unabhängig davon, ob die bestehende Gesellschaft nun als eine pluralistische Massen- oder antagonistische Klassengesellschaft begriffen wird. Für alle ungelösten Probleme hat er selbstverständlich keine Lösungen bereit; aber einiges, wie im folgenden nachgewiesen werden soll, läßt er doch in einem neuen Licht erscheinen.

Sozialdemokratie und Linksradikalismus heute

Die *revolutionäre Linke* befindet sich gegenwärtig in einer überaus schwierigen Position. Das revolutionäre Feuer glimmt – jedenfalls in den hochindustrialisierten Ländern – als ein kleines Flämmchen, von radikalen Linksintellektuellen mühsam behütet, am Rande der Gesellschaft überaus schwächlich weiter. Der revolutionäre Weltbrand, Fanal einer wahrhaft gründlichen Umwälzung des Bestehenden, blieb aus. Die sozialistischen Veränderungen in den kommunistischen Staaten mußten die *konsequenten* (parteungebundenen) Revolutionäre enttäuschen: was hier entstand, war Industrialisierung und Rationalisierung der Gesellschaft im Eilzugstempo, aber nicht die ersehnte sozialistische Befreiung des Menschen. Vor allem die Ausschaltung jeglicher Kritik in den neuen sozialistischen Staaten erbitterte die radikale Linke. Deren kritische Intention richtet sich gegen falsches Bewußtsein jeglicher, also auch sozialistischer Observanz; primär freilich gegen die reaktionären Ideologien des Westens. Hier hat die radikale Linke von heute zu überleben: umgeben von faschistoiden Bürgern, die sie beschimpfen; von Sozialdemokraten, die laufend sozialistische Ideale zu verraten scheinen; und von einer Arbeiterschaft, die, weit entfernt davon, das künftige Subjekt der Revolution darzustellen wie noch zu Marx' Zeiten, apolitisch dahinlebt und ihrer realen Entfremdung nicht einmal mehr bewußt ist . . .

So befindet sich die westeuropäische Linksopposition in einem Zustand permanenter Frustration. Bemüht, inmitten einer nichts weniger als revolutionär gestimmten Umwelt nicht zu resignieren, muß sie doch immer wieder die Folgenlosigkeit ihrer politischen Aufklärungsarbeit, die Ergebnislosigkeit ihrer Suche nach einem revolutionären Subjekt der Geschichte einsehen⁵. Selbst die Ost-West-Entspannung kann sie nur mit halbem Herzen begrüßen: verdankt sich dieser Prozeß in ihren Augen doch einer Konvergenz kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaftssysteme, die das revolutionäre Potential auf der Welt nur noch weiter herabsetzen wird. Denn mit kommunistischen Parteien als den Bannerträgern sozialistisch-revolutionärer Ideen rechnet diese Linksopposition nicht mehr. «Die Politik selbst der größten kommunistischen Parteien, in Frankreich und in Italien, ist im Vergleich zu früheren Perioden der Tendenz nach sozialdemokratisch»⁶, und das heißt, nicht mehr ernsthaft an einer gründlichen, revolutionären Veränderung des Bestehenden interessiert.

Tatsächlich sind heute alle hochindustrialisierten Staaten, im Westen wie im Osten, in eine wesentlich *nachrevolutionäre* Epoche eingetreten. Die Opposition, die sich im Zuge der um sich greifenden Liberalisierung im Ostblock zu formieren beginnt, hat überwiegend den Charakter einer *antirevolutionären, reformistischen* Richtung. Von der etablierten kommunistischen Macht verlangt sie nicht etwa die Erneuerung des alten revolutionären Impulses,

sondern im Gegenteil die konsequente Durchführung des halbwegs begonnenen revisionistischen Kurses. Das ist der Grund, warum unsere revolutionäre Linksoption sich nicht mit der Opposition im Osten verbünden kann: worauf sie immer noch hoffte, darauf zu hoffen haben ihre fortgeschritteneren Kollegen im Osten definitiv aufgehört. Keine Gesellschaft erträgt auf die Dauer eine permanente Selbstrevolutionierung (ihr aber müßte sich unterwerfen, wer vor dem strengen Urteil konsequenter Revolutionäre bestehen wollte). Die kommunistischen Revolutionäre haben die Revolution schon weit hinter sich liegen; sie sind gewiß froh, deren überaus anstrengenden Anforderungen nicht mehr genügen zu müssen. Die Kampfrufe Pekings klingen ihnen unangenehm in den Ohren: tatsächlich bedürfte das sozialistische Rußland, um wirklich sozialistisch zu werden, noch mancher sozialistischer Revolution . . . Aber angenehmer ist es, auf dem vorgezeichneten Weg sozialen Fortschritts weiterzugehen, die Produktion zu erhöhen, den Mond vor den Amerikanern zu erreichen, der Welt die Größe und Friedenswilligkeit der großen Sowjetunion zu demonstrieren, der eigenen Bevölkerung die Trauben sukzessive tiefer zu hängen . . .

Dürfen wir diesem historischen Trend vertrauen? Genügen die Symptome, die ihn anzukündigen scheinen, um im Vertrauen auf ihn eine neue sozialdemokratische Strategie zu gründen?

Wir können gewiß nicht erwarten, daß von heute auf morgen die Einstellung auch der orthodoxen Kommunisten sich grundlegend ändern werde. Noch lange wird beispielsweise die These, daß die inneren Widersprüche des Kapitalismus sich rapide vertiefen und darum alle kommunistischen Parteien ihrer «internationalen revolutionären Pflicht» zu genügen hätten, gleich einem religiösen Dogma aufrechterhalten werden; wenigstens äußerlich. Ingeheim werden sich gleichwohl die systemnotwendigen Wandlungen vollziehen. Die Vorteile einer umfassenden Rationalisierung der Planwirtschaft zum Beispiel sind für alle kommunistischen Regimes offenkundig. Um sie durchzuführen, bedarf es völlig neuartiger, unmarxistischer Denkweisen und Forschungsmethoden.

Sie setzen sich überall durch, auch gegen den Widerstand uneinsichtiger Parteifunktionäre. Das Rad der Geschichte läßt sich nicht ungestraft zurückdrehen; die Wahrscheinlichkeit, daß es in den osteuropäischen Ländern von den Kräften der Beharrung mehr als nur vorübergehend zurückgedreht werden kann, ist äußerst gering. Zur Kraft der Wahrheit gehört es, daß sie, ist sie erst einmal erkannt, nicht so leicht vergessen werden kann. Die Kybernetik wurde im Osten jahrelang als bürgerliche Ideologie diskreditiert; heute hat sie sich als wichtige Hilfswissenschaft bei der ökonomischen Planung durchgesetzt, ebenso wie die empirische Soziologie, die sich selbst in der vergleichsweise dogmatischen DDR zunehmender Beliebtheit erfreut. Dementsprechend

steigen die Chancen eines sinnvollen Dialogs auch mit den orthodoxen, offiziellen Vertretern kommunistischer Länder (mit den oppositionellen Kommunisten zum Beispiel in Jugoslawien ließ sich ja, so man nur wollte, schon lange sinnvoll diskutieren).

Wir müssen, glaube ich, unsere in den unschönen Zeiten des Kalten Krieges verhärtete Position eines starren Antikommunismus *gründlich revidieren*. Wer sich damals nicht in der offiziellen Sprache ausdrücklich zum freiheitlich-demokratischen und gegen das unmenschlich-kommunistische System bekannte, war als heimatloser Linker alsbald abgestempelt und erledigt. Selbst unter Sozialdemokraten fanden sich nur wenige, die, wie beispielsweise der «linke Konservative» Walter Dirks, ausdrücklich gegen «die absolute Negation, die Verteufelung des Kommunismus» Stellung bezogen. Dirks unterstützte auch in der Epoche des Kalten Krieges diejenigen, die die dogmatische Erstarrung des Bolschewismus zwar kritisierten, aber doch «dem Kommunismus zwischen Ostberlin und Sibirien nicht das Schlimmste (wünschten), nämlich die Katastrophe – *sondern das Allerbeste: die allmähliche Humanisierung*»; und auf diesen Prozeß *hofften*, «selbst gegen die Wahrscheinlichkeit»⁷. Derartiges Hoffen gegen alle Wahrscheinlichkeit erübrigt sich heute. Der Prozeß der Liberalisierung im Ostblock ist *Wirklichkeit* geworden; eine Wirklichkeit, die wir theoretisch verarbeiten und als solche zum Leitbild unserer Praxis erheben sollten.

Einige Konsequenzen einer neuen Strategie gegenüber Kommunismus und Linksradikalismus

1. Wir haben von der Einsicht auszugehen, daß *auch* in kommunistischen Ländern *ohne* demokratischen Wahlapparat menschenwürdige Zustände herrschen können. Um unseren demokratischen vom (vorgeblich) revolutionären Sozialismus abzugrenzen, ist es *nicht* nötig, unseren Weg zum Sozialismus (aufbauend auf einer nach wie vor kapitalistischen Gesellschaft) für den einzig möglichen und humanen zu halten. Kommunistische Regimes sind nicht dazu verdammt, entweder bis in alle Ewigkeit totalitär zu bleiben oder zusammenzubrechen. Nach einer Periode permanenter (und totalitärer) Selbstrevolutionierung besteht für sie die Möglichkeit, auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse den Dogmatismus abzubauen und der freien Diskussion sozialistischer Ziele einen immer größeren Spielraum einzuräumen.

2. *Um so stärker werden dann aber gegen die scheinbar revolutionären Parolen der Kommunisten unsere bewußt revisionistischen Argumente wirken*. Wir haben auf neue Weise Reformbestrebungen innerhalb der bestehenden kommunistischen Parteien zu unterstützen, derart nämlich, daß unserem Ruf nach mehr Freiheit innerhalb des Kommunismus nicht mehr mißtraut

werden kann, weil er im Grunde einem Ruf nach Beseitigung des Kommunismus gleichkommt. Wir dürfen den Kommunismus nur *verändern*, nicht aus der Welt schaffen wollen. Nur so wird eines Tages auch von kommunistischer Seite die *Ohnmacht* ihrer veralteten Rezepte zur Veränderung unserer Gesellschaft erkannt werden.

3. Unserer veränderten Strategie gegenüber dem Kommunismus muß ein *neues Konzept der Neutralität unseres Landes entsprechen*. Indem wir uns, in den Worten Friedrich Dürrenmatts, nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Seite des Westens völlig unnötigerweise zu «Helden des Kalten Krieges» erhoben, haben wir heute jegliche Chance verspielt, in der Welt die nützliche Rolle eines wirklich neutralen Vermittlers in Konfliktsituationen zu übernehmen. Wir müssen uns diese Möglichkeit neu erarbeiten. Dann aber dürften nicht, wie es neulich wieder geschah, schon die ersten Versuche, auch linksradikalen Organisationen, wie dem Weltfriedensrat, in der Schweiz Gelegenheit zum öffentlichen Auftreten zu geben, nachträglich im Keime erstickt werden. Schweizerische Neutralität hätte dann dem Beispiel des Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu folgen, dem Vorbild Samuel Gonards, der es kürzlich ablehnte, das Rote Kreuz zum Vertreter einseitig amerikanischer Interessen zu machen: denn zum Gefangenensproblem in Vietnam gehöre, wie er bekanntgeben ließ, auch das Problem der verschwindend kleinen Zahl von überlebenden nordvietnamesischen und Vietkong-Gefangenen in Südvietnam. Mit dieser in unserer Epoche der Entspannung neu in Erscheinung tretenden Tatsache müssen wir uns beständig neu vertraut machen: *ideologische Verschleierung* gibt es *nicht nur* im Osten, sondern *ebenso sehr im Westen*. Es gilt, die Erscheinungsformen solcher Verschleierung zu durchstoßen und einem breiteren Publikum klarzumachen, daß nicht alles Gold ist, was kapitalistisch glänzt.

4. Freilich dürfen mit dieser *Erneuerung unseres kritischen Bewußtseins nicht wieder alte sozialistische Illusionen* aufgebaut und reaktiviert werden. Dem gewiß allzu vereinfachenden Bild einer pluralistischen Gesellschaft und seinen gesellschaftspolitischen Implikationen darf nicht einfach mit der Bemerkung begegnet werden, unser Gemeinwesen sei «nach wie vor» eine Klassengesellschaft und unsere Strategie dürfe darum keine wahltaktischen Bündnisse mit bürgerlichen Parteien einschließen, sondern müsse nach wie vor unabänderlich «sozialistisch» sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß der klassische Sozialismus in einer wichtigen Hinsicht tatsächlich *gescheitert* ist: *er überschätzte die Reichweite wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen*. Die revolutionäre Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verfassung eines kapitalistischen Staates genügt nicht, die Menschen aufzuklären und ins Reich der Freiheit zu führen. Etwas Wesentliches wird durch solche Maßnahmen kaum verändert: die bisherigen *Sozialisationsprozesse*, die mehr oder

weniger *autoritäre Erziehung* des Menschen und damit seine Trägheit und Interesselosigkeit an den Möglichkeiten aufklärerischer Selbstveränderung. Hier eröffnet sich, möchte ich meinen, gerade der Sozialdemokratie ein weites Feld *völlig neuartiger politischer Betätigung*. Im *Bewußtsein der Ohnmacht bisheriger politischer Aufklärungsarbeit* hätte sie zunächst die *Ursachen* dieses Scheiterns festzustellen, vorzüglich mit Methoden einer psychoanalytisch orientierten, kritischen Soziologie. Auf Grund dieses Wissens dann könnte gezielte Aufklärungsarbeit geleistet werden, unter Anwendung modernster Bildungsmethoden; diese müßten sich *gegen autoritäres Denken in jeder Form* wenden, gegen autoritäre Erziehungsmethoden im weitesten Sinne zumal (für das fortdauernde menschliche Leid sind sie in erster Linie verantwortlich, mindestens ebenso sehr jedenfalls wie die bestehenden wirtschaftlichen Institutionen). Die Sozialdemokratie müßte demnach weit entschiedener als bisher *für die Verbreitung kritischen Bewußtseins* eintreten; der historische Trend käme ihr in dieser Beziehung gewiß entgegen. Die junge Generation, die nicht zu Unrecht die «skeptische» genannt wird, distanziert sich von autoritärem Verhalten jeglicher Art (übrigens auch von demjenigen noch so wohlmeinender sozialdemokratischer Pragmatiker). *Aus der apolitischen Distanzierung der skeptischen muß aber einst das politische Engagement einer kritischen Generation werden*. Eine Sozialdemokratie, die selbstkritisch und mit Phantasie, auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsbildes, die Verallgemeinerung dieses Willens zur Vernunft in jedem Lebensbereich entschieden förderte, könnte sich wahrscheinlich bald von dem schlechten Ruf befreien, der heute unseren politischen Parteien allgemein anhaftet. Sie hätte sich damit – verdientermaßen – an die Spitze unserer Parteien gestellt: nicht indem sie taktisch geschickt Aktionsgemeinschaften mit bürgerlichen Parteien zu schließen versuchte, in der Hoffnung, dadurch eigentlich bürgerliche Seelen (vorübergehend) für sich zu gewinnen, sondern indem sie, zunächst auch gegen den Widerstand konservativer Kreise, zu einem Geist kritischer Aufklärung sich bekannte, der mit der Auflösung nationaler Tabus ernst macht; indem sie, kurz, an die Aufklärbarkeit auch jener Kreise glaubt, die heute in selbstverschuldeter Unmündigkeit abseits unseres politischen Lebens stehen oder bestenfalls ein unbestimmtes Unbehagen an unserer Gesellschaft empfinden.

5. Der Idee, daß sich die Epoche der Entspannung von derjenigen des Kalten Krieges *wesentlich* unterscheidet, kommt gegenwärtig die größte Bedeutung zu. Denn sofern sie nur konsequent durchdacht und in politische Praxis umgesetzt wird, eröffnet sich dank ihr der Sozialdemokratie die Chance, aus der gewissen Stagnation herauszukommen, die sie wie die anderen Parteien unseres Landes seit längerer Zeit ergriffen hat. Die schweizerische Intelligenz (die, wie geschichtliche Erfahrung lehrt, durchaus als genauester

Indikator des Zeitgeistes gelten darf) pflegt über die Phantasielosigkeit und Öde des Spiels, das über unsere politischen Bühnen geht, heftige Klage zu führen. Sukzessiver Ausbau der Sozialversicherungen, ein neues Bodenrecht, Gewässerschutz, eine Teilrevision unserer Bundesverfassung usw.: daß dies berechtigte, in politischer Kleinarbeit durchzusetzende Forderungen sind, wird kaum bestritten; dagegen sehr wohl, daß solche Reformvorschläge zusammengenommen schon eine zeitgemäße Politik ergeben. Aber unsere kritische Intelligenz hat gleichzeitig das frustrierende Gefühl, in den nur allzugut funktionierenden Staatsapparat nirgendwo eingreifen und ihn sinnvoll verändern zu können: ein Gefühl, das gewiß in abstrakter Negativität gegenüber «dem» Staat und «den» Parteien verharret, das aber durchaus fähig ist, im Dienst einer regenerierten, kritisch gewordenen Sozialdemokratie fruchtbar zu werden⁸.

Warum eigentlich, müssen wir uns tatsächlich fragen, warum sollte es nicht möglich sein, den zähen, konservativen Nationalcharakter vor allem der Deutschschweizer zu verändern in Richtung größerer Toleranz und Bereitschaft zur Selbstkritik? Steht es nicht gerade in der Macht eines Kleinstaates wie der Schweiz, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln und die uralten, unfruchtbaren nationalistischen Tabus systematisch abzubauen? Stehen uns mit unserer Armee, den Frauenstimmrechtsgegnern, der unerhörten Unterrepräsentation der Arbeiterschichten an unseren Universitäten usw. nicht genügend *Fakten* sichtbar vor Augen, die die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen in sozialdemokratischem Sinne *allen* Einsichtigen begreiflich machen müßten? Haben wir uns von der in bürgerlichen Kreisen üblichen Verketzerung jeglicher Kritik schon derart einschüchtern lassen, daß wir der Kraft aufgeklärten Denkens nicht mehr vertrauen? Ich meine, es sollte schon unter Einsatz relativ geringer Mittel möglich sein, auch den trägsten und unpolitischsten Arbeitnehmer mit den unschönen Tatsachen wenigstens zu konfrontieren, daß seit den dreißiger Jahren der Anteil der Arbeiterkinder an unseren Hochschulen bei 5 Prozent stagnierte; daß wir punkto Frauenstudium in der Rangliste der Nationen weit hinten liegen; daß punkto Aufgeklärtheit und Liberalität der öffentlichen Meinung die Schweiz mit einem Land wie beispielsweise Schweden gar nicht zu vergleichen ist (gewisse Argumente schweizerischer Konservativer werden dort auch in bürgerlichen Kreisen als Kuriosa ungläubig bestaunt, so als ob sie aus tiefstem Mittelalter stammten). Und sollte es schließlich nicht auch möglich sein, selbst unseren konservativen, braven Patrioten den Patriotismus und letztlich versöhnlichen Sinn noch des kritischsten Gedankens begreiflich zu machen? Dazu müßten wir allerdings zunächst selber lernen, die Reichweite unserer Toleranz zu vergrößern⁹. Ein Prüfstein dieser inneren Freiheit und Toleranz wäre die Diskussion unseres künftigen Verhältnisses zu Kommunismus und Linksradi-

kalismus, so wie es hier in einem ersten Versuch entworfen wurde, probeweise und als Beitrag zur Selbstverständigung unserer schweizerischen Sozialdemokratie.

Anmerkungen

¹ Eine interessante, detaillierte Beschreibung dieses Prozesses hat Amitai Etzioni gegeben: «Das Kennedy-Experiment», S. 79—88 in «Atomzeitalter», März 1966.

² «NZZ» vom 27. August 1961.

^{2b} «NZZ» vom 10. Juli 1966. – Damit ist allerdings dem zentralen antikommunistischen Argument aus der Zeit des Kalten Krieges die Spitze gebrochen. Es beruhte wesentlich auf der Annahme, daß durch den Kommunismus Gesellschaften totalitär vergewaltigt würden, die an sich einer evolutionären und demokratischen Entwicklung fähig wären. Das Argument dagegen, daß «die Regierten im Osten Europas . . . von ihrer Geschichte her schlecht auf Demokratie wie wir sie verstehen vorbereitet (sind)» (ibid.), läßt sich viel eher zur *Rechtfertigung* totalitärer Herrschaftsformen im Osten gebrauchen als zu deren *Kritik*. In einem schlechten Sinne kritisch – antikommunistisch wirkt es überhaupt nur, wenn es zur Begründung der bedenklichen These dient, daß gewisse Völker ein für allemal für demokratische Entwicklungen nicht geeignet seien.

³ «NZ» vom 9./10. Juli 1966.

⁴ Jürgen Habermas, «Nachzügler der Weltgeschichte», in «Die Zeit», 18. Sept. 1964.

⁵ Vgl. zum Beispiel Herbert Marcuses pessimistischen Beitrag zum Marxismus – Seminar in Korcula (Jugoslawien, im Sommer 1964), wiedergegeben in «Neue Kritik», August 1965, S. 11—15, in dem Marcuse mehrfach vom «Absinken revolutionären Potentials in der kapitalistischen Gesellschaft» spricht.

⁶ H. Marcuse a. a. O., S. 14.

⁷ Walter Dirks, «Aspekte eines linken Konservativen», S. 46—56 in «Was ist heute links», ed. Horst Krüger, München 1963; S. 52.

⁸ Im Unterschied zur deutschen Intelligenz eignet der schweizerischen seit je ein durchaus fruchtbarer Zug zum Pragmatismus; so ist etwa Urs Jaeggi in seinem kritischen Aufsatz «Auf der Suche nach einer linken Opposition» («Rote Revue», Juli/August 1966) davon überzeugt, «daß der gangbarste Weg jener wäre, die Rolle der Opposition im Rahmen der größten schweizerischen Linkspartei neu zu durchdenken». Darum kleidet er seine Kritik – vorläufig – in die Form eines «Plädoyers für eine Regeneration der Sozialdemokratie».

⁹ Es dürfte beispielsweise nicht mehr geschehen, daß ein Sozialdemokrat und scheidender bernischer Großratspräsident Friedrich Dürrenmatt «Totengräber der Demokratie» schimpft. Wenn Reden solcher Art in der bürgerlichen Presse als «magistrale» gelobt werden, sollten wir, anstatt erfreut, beschämt sein.